

Metallarbeiter-Zeitung

Wochenblatt des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes

Erscheint wöchentlich am Samstag.
Zugabepreis vierteljährlich 50 Mk., Einzelnummer 5 Mk.
Eingetragen in die Reichsdruck-Verzeichnisse unter Nr. 5047 a.

Verantwortlicher Schriftleiter: Fritz Sumner
Schriftleitung und Verandstelle: Stuttgart, Adolfsstraße 18.
Fernsprecher: Nr. 8800. — Postfachkonto Stuttgart 6808.

Anzeigengebühr
für die sechsgepaltene Kolonelle ober deren Raum 50 Mark.
Geschäftsangelegenheiten finden keine Aufnahme.

Einigung

Die Woche hat ein Ereignis gebracht, dessen Bedeutung schwerlich überschätzt werden kann, höchst bedeutsam für die politische Entwicklung der deutschen Republik und kaum weniger bedeutsam für die Wirksamkeit der Arbeiterbewegung. Die zwei Gewerkschaftsbünde veröffentlichten gemeinsam mit den beiden sozialdemokratischen Parteien einen Aufruf an ihre Mitglieder, worin es heißt:

Die Schaffung der Einheitsfront der Arbeiter, Angehörigen und Beamten ist zur Tatsache geworden. Sie muß dauernd, geschlossen und fest werden bis zur unaufhörlichen Vereinigung des gesamten kämpfenden Proletariats. Von diesem Geist der Solidarität, von diesem Willen zur Einigung erfüllt, haben eure Organisationen gemeinsam gearbeitet, und vereint werden sie den Kampf fortführen...

Das wir erreicht haben, danken wir unserer Geschlossenheit, unserer Einigkeit.
Nur die Einigkeit der Arbeiterklasse sichert die Republik, den besten Kampfplan für die Durchsetzung des Sozialismus.
Das Werk der Einigung ist unvollendet, es muß vollendet werden.

Das Werk der Einigung ist begonnen, es muß vollendet werden! Wie Orgelton klingen diese Worte aus der Brust eines jeden Proletariats, der es ehrlich mit seiner Klasse und aufrichtig mit dem Sozialismus meint. Eine solche Kunde haben die Besten in beiden sozialdemokratischen Parteien und aller Gewerkschaften seit Jahren inbrünstig ersehnt. Sie ist der ermutigende Lichtstrahl in der Nacht der politischen Not und des wirtschaftlichen Elends, denn er läßt eine bessere Zukunft erblicken.

Die Einigung ist von jeher das oberste Bedürfnis der sozialistischen Massen gewesen. Bei zahllosen Gelegenheiten haben sie nach ihr gerufen, jedem Redner haben sie zugestimmt, der sie ehrlich forderte. Sie konnten nicht verstehen, warum sie, die Proletarier, die Seite an Seite für das liebe Brot rackern, die gleichmäßig von den nämlichen Ausbeutern geschunden werden, die sich auf dem Schlachtfelde der Industrie gegenseitig die Wunden verbinden, wie ein gemeinsames Los in eine gemeinsame Streiffront zwingt, auf einmal bei ihrer politischen Tätigkeit nicht mehr zusammengehören, nicht vereint wirken können. Diese Fragen haben schlichte Proletarier tausendfältig gestellt, eine befriedigende Antwort hat ihnen keiner zu geben vermocht. Daß das Getrenntsein, der Bruderkampf notwendig, gar nützlich sei, das haben die nicht einsehen wollen, die seine Schädlichkeit tagtäglich am eigenen Leib erfahren. Die bittere Erfahrung ließ sie das baldige Ende des Bruderkampfes inbrünstig wünschen. Hierin vermochte sie auch der Hinweis nicht zu beirren, die Einigung bringe die Gefahr mit sich, daß dann die Partei zu weit rechts oder zu weit links marschiere. Die schlichten Seelen vermeinten, dies habe wenig zu bedeuten neben der Hauptsache, daß es überhaupt vorwärts gehe, was aber unmöglich sei, wenn der Streit über das rechts oder links die Brüder dermaßen gefangen nehme, daß sie kaum noch zum Marschieren kämen. Daß diese einfache Logik nicht beherrigt, die Streitart nicht begraben, die Vereinigung nicht vollzogen wurde, hat viele Proletarier und wahrlich nicht die schlechtesten mißmutig, gleichgültig, hoffnungslos gemacht und sie davongetrieben.

Nun aber ist die Quelle des Mißmut, der Gleichgültigkeit, der Hoffnungslosigkeit im Versteinen. Die Massen der beiden Parteien strömen zueinander. Die lange getrennten Brüder reichen sich die Hände — und halten sie fest. Wer sie wiederum trennen wollte, über den würde, über den müßte rückwärtslos zur Tagesordnung übergegangen werden. Aber soweit zu sehen ist, verlangen alle Stimmen aus den beiden Parteien entschieden und freudig, daß nun Zeit sei, die heiße Sehnsucht der Massen zu erfüllen. So ist denn die Einigung auf dem Marsch. Das große Werk wird nach menschlicher Voraussicht in ein paar Monaten vollbracht sein. Damit wird die deutsche Sozialdemokratie wieder die alte Schlagkraft und Werbefähigkeit erhalten und sich ihre Siegesaussicht um bedeutendes erhöhen. Das wird für die Entwicklung der deutschen Demokratie und für die Neuerung der revolutionären Erregungenschaften überaus segensreich sein. Und für die sozialistische Internationale nicht minder.

Die Metallarbeiter insonderheit haben Grund in Fülle, sich über diesen Gang der Dinge zu freuen. Denn dadurch wird das von ihnen auf dem Jenaer Verbandstag begonnene Werk der Einigung erst vollständig und gesichert. Aus dem nun noch inniger werdenden Zusammenwirken der bisherigen Richtungen wird neue Arbeitsfreude, frische Kraft, größere Hoffnungsfreude spritzen, was der Metallarbeiterschaft, nein der gesamten Gewerkschaftsbewegung nur zum Nutzen gereichen kann. Darum freuen wir uns der begonnenen Einigung; darum wollen wir ehrlich an ihrer Vollendung mithelfen. Denn sie ist die Mutter, die dem Proletariat ein fortlaufend Geschlecht von Siegen erzeugt.

Gewerkschaften und Republik

Stuttgart, 20. Juli

Die machtvolle Erhebung des freiheitsliebenden Volkes hat nun endlich ein Ergebnis gezeitigt. Nach mehrwöchigem Weh und Ach hat der Reichstag die Schutzgesetze für die Republik mit Dreiviertelmehrheit angenommen. Freilich nicht in einer den Mindestforderungen der sozialistischen Arbeiterkraft entsprechenden Form, sondern mit erheblichen Abschwächungen. Die Schutzgesetze entbehren der wirksamen Bestimmungen zur Säuberung der Verwaltung, Justiz, der Lehrstühle und des Militärs von Feinden der Republik, wie zur gehaltlosen Befestigung der gegen die freistaatliche Ordnung wühlenden Beamten, als auch zur Reinigung der republikanischen Öffentlichkeit von monarchischem Unrat. Diese Mängel muß man ebensowohl als Republikaner wie als Sozialist und Gewerkschafter außerordentlich bedauern. Dadurch wird die in den letzten Wochen allenthalben ausgedrückte Behauptung aufs neue genährt, die Reaktion sei nur deshalb so frech, weil die parlamentarischen Sachwalter der Republik so schüchtern seien. Es ist zu wünschen, daß die Gründe bald bekanntgegeben werden, die bestimmten, daß man es bei den gefehlichen Unzulänglichkeiten bewenden ließ.

Nun sind die Schutzgesetze an sich gewiß nicht die Hauptsache. Viel wichtiger ist ihre Durchführung. Streng genommen wäre mit den alten Gesetzen den reaktionären Galgenwägeln die Freiheit schon auszutreiben gewesen, wenn auf der Richterbank der Wille dazu nicht gemangelt hätte. Aber daran gebrach es gewaltig. In dem Buche von Gumbel: Zwei Jahre Worb, ist nachzulesen, wie eilig es unsere Justiz hat, wenn es gilt, Verfechter der Republik in die Klauen zu bekommen und wie faul sie sich wird, wenn es sich um reaktionäre Verbrecher handelt. Und unsere Gesetzgebung hat Jahre vergehen lassen, diesen Flecken am Schilde der deutschen Republik wegzuräumen. Erst jetzt hat sie sich dazu aufgerafft, dieser von aller Vertrauenswürdigkeit entblößten Justiz wenigstens die Verfehlungen zu entziehen, die unter die Schutzgesetze fallen, indem dafür ein besonderer Staatsgerichtshof geschaffen wurde. Ob dieser die in ihn gesetzten Hoffnungen erfüllt, wird er zu zeigen bald Gelegenheit haben. Von der Art seiner Rechtsprechung wird es abhängen, ob in den Unterschichten des Volkes wieder der Glaube zu keimen beginnt, daß auch bei der Oberschicht des neuen Deutschland der Wille, dieses zu sichern, vorhanden sei.

Wie gelangt, auf die Anwendung des Gesetzes kommt es an. Die ungeheure Empörung, die ungeschwächt durch die Volksmasse geht wegen den unaufhörlichen Schandtatzen gegen die Republik und ihre Führer, noch mehr aber wegen der straffälligen Parteilichkeit der Justiz, dürfte das Bewissen derer schärfen, die zur Anwendung der Schutzgesetze berufen sind. Wie es scheint, ist der Anfang schon gemacht. Denn die Zeitungen melden heute, daß der preussische Minister Severing einer Anzahl republikanisch unzuverlässiger Regierungspräsidenten und Landräten den Hinaustritt hat angedeihen lassen. Das darf selbstverständlich nur der erste Ausführling des eigenen Befehls sein. Am rückwärtslosesten müßte er in den Offizierskasinos angelegt werden. Hier könnte Säuberung eines Tages noch unendlich teurer zu stehen kommen als beim Kapp-Putsch. Raschheit, Kühnheit und Wachsamkeit sind bei der Reinigung der monarchischen Missetäter in der Verwaltung, Justiz und Kaserne unbedingt vorzuziehen. Würde die republikanische Regierung gegen ihre Lobfeinde auch nur den zehnten Teil der Rücksichtslosigkeit walten lassen, womit die wilhelminische gegen harmlose Bürger vorging, die radikale Gesinnung waren oder solcher verdächtig wurden, in kurzen Wochen wären die Gehaltslisten des Reiches von unzuverlässigen Elementen geläubert.

Die polizeiliche Untersuchung des Rathenau-Mordes hat ein weitverzweigtes Netz von Geheimbünden aufgedeckt. Die republikanische Vertrauensseligkeit kann das Glück preisen, daß ihr die tödliche Überraschung erspart geblieben ist. Hätten die Bundeshände die Schüsse im Brunnenwald einige Wochen oder Monate später abgefeuert, also das republikanische Volk nicht dermaßen brutal und noch kurz vor zwölf aus seiner Schlaftrunkenheit gerissen, wahrlich, die Republik hätte einen Kampf auf Leben und Tod im buchstäblichen Sinne des Wortes zu bestehen gehabt. Ob sie den inneren Feindbund so zu überwinden imstande gewesen wäre, wie im Frühjahr 1920, das ist noch sehr, sehr die Frage. Was dann der Arbeiterkraft die Überwindung des so wohlorganisierten und bewaffneten Feindes an Gut und Blut gekostet oder wessen sie sich, wenn sie unterlegen, zu gewärtigen gehabt hätte, ist gar nicht auszudenken. Ihr wäre ein Zustand beschied worden, wogegen das Regime, dessen Sinnpruch: 6 Pferde = 48 Mann war, ein wahrhaftiges Paradies gewesen ist. Das gleiche Wahrrecht, die bürgerliche Gleichberechtigung, der Achtungstag, die Mitbestimmung im Betrieb, die Ferien und was sonst noch an Erregungenschaften aus den Novembertagen übrig sein mag, wäre mit einem Schlage verschwunden. Sämtliche Steuern und Reparationskosten wären rückwärtslos aus den Knochen der Proletarier geschunden worden. Und der innere Feindbund hätte schnell mit dem äußeren Feindbund eine Entente cordiale gegründet, wobei die Gefinnungsgleichheit der Magnete, die Wiedererführung der kapitalistisch-militaristischen Alleinherrschaft sans phrase das Bindemittel gewesen wären.

Bei der Beurteilung der Gefahr, die uns drohte und noch droht, dürfen einige Tatsachen nicht außer acht gelassen werden. Die Nordbuben, die die Wirstolen auf Republikaner abfeuern, wie auch die kriessüchtigen uniformierten Jünglinge in den Geheimbünden sind lange nicht die Hauptschuldigen. Das sind jene millionenschweren Geldspender, die die reaktionäre Presse aushalten, die Verschwörerorganisationen mit Mitteln versorgen,

die Flucht und Verborgung der Verbrecher bewerkstelligen. Diese eigentlichen Schwerverbrecher halten sich vorsichtig im Hintergrunde, ziehen von dort die Fäden, lassen sich die Unterwerfung der verhassten Republik eine schöne Stange Geld kosten, alles in dem Bemühen, daß sie auf jeden Fall nicht die wirklich Opfernenden, aber auf jeden Fall die wirklich Gewinnenden sind. Es kommt nicht von ungefähr, daß die reaktionäre Presse ihr schärfstes Gift immer gegen den in der republikanischen Öffentlichkeit stehenden Mann spritzt, der Erfolge in der Außenpolitik hat oder dem solche zuzutrauen sind, anders ausgedrückt: der ein besseres Verhältnis zum Ausland zu schaffen, die Not der Republik zu mildern Willen und Fähigkeit zeigt. Ein solcher Mann, der nach Lage der Dinge Erfüllungspolitik sein muß, wird — man denke an Erzberger oder Rathenau — wie auf Kommando von allen reaktionären Federn und Zungen als Feindesfeind, Vaterlandsverräter, Deutschlandverschänder, bezahlter Judenwech, kurz als der Auswurf der deutschen Menschheit hingestellt. Und sein wohlbegründeter Hinweis, daß die Weigerung der Erfüllung Deutschland Sanktionen, dem rheinisch-westfälischen Gebiet die französische Militärherrschaft bombensicher bringe, bringt ihm den Ruf des Feiglings ein. Was den guten Republikaner mit schwerster Sorge erfüllt und er um jeden Preis zu verhüten trachtet, läßt die reaktionäre Wortführer kalt. Leicht verständlich. Man darf sich nicht immer von der Angst vor der Entente leiten lassen und muß die Besetzung des Ruhrgebietes mit in den Kauf nehmen, erkläre der Abgeordnete Stinnes am 20. Mai im ausdauernden Ausschuss des Reichstages. Der Herr befiehlt, die schreienden und redenden Diener gehorchen. Sie besorgen damit die Politik ihres Herrn und seiner Klasse.

Wie der schwerste Vertreter der deutschen Schwerindustrie, so wollen auch ihresgleichen jenseits des Rheins die Besetzung des Ruhrgebietes, und das recht gerne, mit in den Kauf nehmen. Wie während des Krieges die deutschen Schwerindustriellen die Erze von Brien für die westfälische Kohle unbedingt nötig erklärten, so halten jetzt umgekehrt die französischen Schwerindustriellen die westfälische Kohle für die Erze von Brien unerlässlich. Daher der Widerstand der französischen Regierung und ihres nationalen Blochs, in dem industrielle Silberlinge tocken, gegen eine vernünftige Regelung der Wiedergutmachung und — aus einem Beweggrund gleichen Kalibers — die Erklärung eines deutschen Schwerindustriellen, man dürfe keine Angst vor der Besetzung haben. Daß die deutsche Großproletariatsgenossenschaft, die ihr Geld in allen Ländern angelegt, ihre Werke, Häuser, Aktien bedenkenlos an Feinde von gestern veräußert, schließlich auch durch die Besetzung des Ruhrgebietes keinen Schaden erleidet, läßt sich leicht vorstellen, schon deswegen nicht, weil sie guten Grund zu der Annahme hat, daß, wenn der französische Säbel das Ruhrgebiet beherrscht, es mit den vermaledeiten Erregungenschaften der Revolution über Nacht vorbei sein wird: die noch über alle Massen rückständige Arbeitsverfassung der Adolfsrepublik wie die Herrenstellung ihres Unternehmertums würden in Deutschlands wichtigstem Industriegebiet eingeführt, der Einfluß der Gewerkschaften ausgeschaltet; so sich Widerstand gegen die Russifizierung zeigte, mit schwarzer Soldateska unterdrückt. Und daß dann Arbeitszeit, Lohnsatz und Unternehmerrherrlichkeit des wichtigsten Industriegebietes zwangsläufig auch in den von ihm abhängigen Gebieten des übrigen Deutschland Geltung erhalten müssen, leuchtet nach kurzer Überlegung ein.

Der Plan ist gewiß nicht übel für das Unternehmertum. Es bringt zwar die Fremdherrschaft über das teure Vaterland und wird es sehr wahrscheinlich auseinanderreißen. Allein was haben solche Unebenheiten zu bedeuten neben dem unermeßlichen Gewinn, den die Wiedererrichtung der alten Herrenstellung bringt? Das saubere Plänchen kann jedoch nur gelingen, wenn die Politik der Erfüllung unterbunden, die sie verfechtende Regierung beseitigt, ihre namhaften Vertreter diskreditiert oder, noch besser, aus dem Wege geräumt werden. Daher die schamlose Hege gegen Erzberger und Rathenau, daher ihre Besetzung. Und jedem ihrer Nachfolger blüht das gleiche Los.

Nach alledem wird es für den Gewerkschafter keinen Zweifel mehr darüber geben können, um was es sich für ihn bei diesem Kampfe gegen die Republik und ihre Vertreter handelt. Es wird unter benebelndem Phrasenschwall von vaterländischer Ehre und nationaler Würde nach einem großkapitalistischen Ziele, nach Wiederaufrichtung der durch die Revolution verloren gegangenen Ausbeuterherrlichkeit gestrebt. Geht dieser Kampf erfolgreich für seine Urheber aus, werden sie die deutsche Arbeiterschaft tributpflichtig in ihrer Gewalt haben. Sie werden ihr dann, noch schlimmer wie einst im wilhelminischen Mai, Lohn, Arbeitszeit, Freiheit, Rechte nach eigenem Gutdünken bemessen. Die Erregungenschaften der Revolution werden dann der Geschichte angehören. Aus seinem Siege wird dem Schwerindustriellentum ein dicker Strom von Vorteilen, unermeßlicher Gewinn an Geld und Macht quellen. Es wird dann vollständig alleinherrschend in Wirtschaft und Staat werden.

Für dieses goldige Ziel opfert das Industriellentum hohe Geldsummen, forumpiert es die öffentliche Meinung durch Ankauf von Zeitungen, nährt es Verschwörerbanden, versorgt es Verbrecher mit Automobilen, verhilft es ihnen zur Flucht. Es glaubt mit Geldspenden nicht zeigen zu dürfen. Der Kampf gegen die Republik ist ihm jedes Geldopfer wert. Denn ihre Vernichtung bedeutet nichts geringeres als den Sieg über die Gewerkschaften.

Freier Wochentag für Feuerarbeiter

Von Willi Sanis, Duisburg.

Die Arbeiterbewegung vertrat von jeher die Ansicht, daß mit der Arbeitskraft recht häufiger umgegangen werden müsse, um die Arbeitskraft recht lange zu erhalten. Die Worte: Kurze Arbeitszeit verlängert das Leben, waren in der modernen Arbeiterbewegung nicht nur Worte, sondern erhielten ein ganzes Programm, an dessen Ausführung man direkt heranging und auch Erfolg hatte. Die Arbeiterbewegung wurde eingeschränkt, die Frauenarbeit verfürzt, die Frauen auch sonst durch den Ausbau des Versicherungswesens geschützt. Auch für das Gastwirts- und Metzgergewerbe kam, nach jahrelangem Kampfe einer Handvoll freigeistlich organisierter Gastwirtsgehilfen, der freie Wochentag an einem Wochentage, ferner wurde in der chemischen Industrie ziemlich ausgedehnt, die Herstellung von Schwefelkohlenstoff, die Tausende zu Krüppeln gemacht und sie frühzeitig unter die Erde brachte, wurde verboten. Einige Berufe, wie Buchbinder und Bauarbeiter, hatten sich mit Hilfe ihrer Organisation die Arbeitszeit verfürzt, so daß sie schon vor dem Kriege nicht viel über 8 Stunden betrug. Der November 1918 brachte dann endlich die Verwirklichung des für manchen noch in weiter Ferne geglaubten Achtstundentages. Das Mandat für Väter, das schon im Kriege bestanden hatte, wurde beibehalten.

Nur eine Sorte Arbeiter hat es bisher noch nicht verstanden, sich zu rühren, nämlich die Feuerarbeiter in der Schwerindustrie, an den Hochöfen, Martinwerken u. dergl. Vor dem Kriege arbeiteten sie, ohne Pause, täglich 12 Stunden und jeden zweiten Sonntag, bei Nachtarbeit gar 24 Stunden. Von einer Organisation mußten diese meistens aus dem Orte zurückgebliebenen Arbeiter nichts oder doch nur sehr wenig. Wagt es dennoch mal einer, etwas Aufklärung unter sie zu bringen, wurde er gemährt und hand auf der schwarzen Liste. So kam diesen Leuten dann auch der Achtstundentag wie ein Geschenk vom Himmel. Unter den neuen, meistens von der Front zurückgekehrten Arbeitern waren viele alte Organisten, so jagt denn auch hier ein neuer Geist ein. In Bezug auf den Lohn haben genannte Arbeiter mit den anderen Schritt gehalten. Nur in einem Punkte bleibt, abgesehen natürlich von der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung, noch das alte System, und das ist die Doppelschicht an den Sonntagen. Solange die Technik hier keine Änderung schafft, haben wir mit der Achtstündigen Arbeitswoche zu rechnen. Um nun wenigstens jeden dritten Sonntag frei zu haben, macht man jetzt zwei Sonntage hintereinander Doppelschicht, also jedesmal 16 Stunden.

Die Leute, die nun früher 12 bzw. 24 Stunden „Kloppter“, waren, wenn sie nicht ganz ausnahmsweise kräftige Naturer, nach einigen Jahren verdrängt. Obendrein wurden sie ihrer Familie entzogen. Entweder waren sie in der Fabrik oder sie lagen, bei Nachtarbeit, im Bett. Die vielen am Tage geschlossenen Fensterläden zeigen ja auch heute noch, wie hier gearbeitet und geruht wird. Die Kinder bekamen ihren Vater selten zu sehen, und wenn schon mal, dann höchstens schlafend im Bett. Seitdem nun die dreizehnhundert Schicht besteht, ist es etwas besser geworden. Aber litten die Arbeiter schon früher unter dem ständigen Arbeiten Tag und Nacht, Sonntag und Wochentag, jahrelang, ja, wurden sie schon früher unter dem schweren Last, das sie tragen mußten, sollte ihre Familie nicht zugrunde gehen, frühzeitig zu mürrischen Menschen, die ohne Lust und Liebe ihre schwere Arbeit taten, so ist es heute trotz des Achtstundentages nicht viel besser. Wer von seiner Arbeitskraft lebt, hat auch im Kriege gekümmert, sei es an der Front oder in der Heimat. Tausende haben insolge der ganz auf der Kopf gestellten wirtschaftlichen Verhältnisse in der Schwerindustrie ihr Brot gefunden, darunter sehr viele Kriegsbeschädigte. Aber nicht nur die Kriegsbeschädigten, die wegen eines äußerlich sichtbaren Leibes-Rente bezogen, sind die Armen, sondern eher in noch höherem Maße die, welche nicht das Glück hatten, verwundet zu werden, sondern nach jahrelangem Kampfe körperlich und seelisch gequält wurden. Der Gedanke, daß sie diese ihnen früher ungewohnte Arbeit nun als dauernden Erwerb zu betreiben haben, läßt sie nicht gerade mit Lust und Liebe zur Arbeit gehen. Hier muß etwas geschehen!

Wehr dem zu sind wir gerade jetzt, wo die Wille der Nation verdrängt ist, darauf angewiesen, handhelfend mit der menschlichen Arbeitskraft umzugehen. Deshalb ist für alle 16-Stunden-Arbeiter jede Woche ein freier Tag zu gewährleisten. Dieser Tag müßte natürlich mit bezahlt werden, sonst wäre zu befürchten, daß die meisten in ihrer Not an diesem Tage anderwärts arbeiten würden, wodurch der Zweck, einen Erholungs- und Erhaltungstag zu schaffen und Erhaltung der Arbeitskraft, nicht erreicht würde. Aber dieser freie Erholungs- und Erhaltungstag müßte auch noch so folgen, daß die meisten sich auf diesen Tag freuen würden und dann wieder gestärkt mit mehr Lust und Liebe zur Arbeit gingen und anfangen, diesen Beruf als ihren dauernden Erwerb zu betrachten, was zur Erhaltung der Arbeitskraft im Gegensatz zu dem heutigen wirtschaftlich ständigen Wechsel der Arbeitsstelle. An den beiden Sonntagen könnte dann, wie es teilweise schon geschieht, von 6 bis 8 Uhr gearbeitet werden und am dritten Sonntag hätte man dann, von Nachtarbeit kommend, von Sonntag früh bis Montag früh frei. Das bedeutet zwar keine tatsächliche Arbeitszeitverkürzung, wohl aber eine Verschiebung, wodurch die lästige Doppelschicht auf anderhalb ermäßigt wird. Da die Arbeiter an den Sonntagen insolge der Reparatur und Reinigung gewöhnlich noch schmutziger und schwerer sind als an Wochentagen, sich also mit dem freien Wochentag im Verkehrs-, Transport- und Gastwirts- und Metzgergewerbe nicht vergleichen lassen, müßten selbstverständlich die geschäftlichen Sonntagsergütungen weiter bezogen werden.

Aufgabe der für das rheinisch-westfälische Industriegebiet zuständigen Bezirksräte ist es, erst mal eine Konferenz einzuberufen, zu der, möglichst von jeder Seite, ein Delegierter zu entsenden wäre, und die diese Sache zu erörtern und Mittel zu ihrer Verwirklichung zu beraten hätte.

Der Arbeitsmarkt im Juli

Nach den Berichten der Landesarbeitsämter hat in der ersten Julihälfte die günstige Arbeitsmarktlage angehalten. In allen Landesteilen und Gewerben tritt der Mangel an gelernten Facharbeitern von Woche zu Woche stärker hervor. Infolgedessen vollzieht sich ganz allgemein eine lebhaft abwanderung der Arbeitskräfte von der größeren zur kleineren Arbeit. Die Metall- und Maschinenindustrie, das Baugewerbe und andere Branchen ziehen vor allem Arbeitskräfte aus dem Bergbau und der Schwerindustrie an sich. Die hier entstehenden Lücken sucht man durch Einstellung ober- und mittelschichtlicher Flüchtlinge und durch Überführung aus den ländlichen Provinzen, zum Beispiel Ostpreußen, auszugleichen. Es bleibt aber trotz alledem in sämtlichen Bezirken des deutschen Bergbaus ein großer Teil der Nachfrage ungedeckt. Bemerkenswert ist die Meldung, daß man in der Provinz Sachsen Magdeburger Junglehrer mit gutem Erfolge in Braunkohlengruben vermittelte habe. Hierin kommt der Überreichtum Deutschlands an sogenannten Intellektuellen deutlich zum Ausdruck. Für die Berufswahl des heranwachsenden Geschlechts ergehen sich hieraus nützliche Fingerzeige. Recht fühlbarer Arbeitsmangel herrscht natürlich auch in der Landwirtschaft, die gegenwärtig schon im Zeichen der Ernte steht. Ein ungefähres Bild von der im vergangenen Monat eingetretenen Verminderung der Erwerbslosen ergibt sich aus der Tabelle, daß an 354 deutschen Städten (über 1000 Einwohner) am 1. Juni nur noch 16 029 Erwerbslose unterstellt wurden, gegen 19 108 am 10. Juni d. J. Für die wichtigsten Großstädte ergeben sich im Vergleich zum Januar und Mai des laufenden Jahres folgende Veränderungen:

Zahl der unterstellten Erwerbslosen:

Stadt	7. Januar	8. Mai	24. Juni
Mitana	934	343	181
Groß-Berlin	58 471	25 891	5624
Dreslau	4017	2574	2116
Dresden	3828	801	497
Hamburg	6074	3230	1552
Kiel	2034	1063	287
Leipzig	4804	500	391
München	2033	209	40
Magdeburg	1415	409	192
Wilmchen	2153	1035	494
Wien	1503	83	111
Stettin	621	280	166

Die Aussichten für die weitere Gestaltung der Arbeitsmarktlage sind zunächst nicht ungnädig. Solange die Arbeiter im Freien andauern, wird eine stärkere Arbeitslosigkeit kaum zu erwarten sein. Für den kommenden Winter läßt sich allerdings kaum eine sichere Voraussage machen. Da die starke Anspannung des Arbeitsmarktes und die steigenden Schwankungen des Marktwertes schon jetzt die geschäftliche Umsatzenentwicklung und das Zustandekommen von Abschlüssen mit dem Einzelhandel nachteilig beeinflussen. Es wird deshalb aus verschiedenen Erwerbsindustrien bereits berichtet, daß die Firmen für die Geschäftsabschlüsse immer kürzer werden und daß neue Auslandsaufträge hier und da schon recht schleppend eingehen. Es erscheint deshalb fraglich, ob die Industrie im kommenden Winter in der Lage sein wird, die anderwärts freierwerbenden Arbeitskräfte aufzunehmen. Man darf auch nicht übersehen, daß die zunehmende Teuerung ein beträchtliches Neuangebot von Mädchen und verheirateten Frauen am Arbeitsmarkte heranzüht.

Unsere Arbeitslage im 2. Vierteljahr

Nach der Beschäftigungslage und Arbeitslosigkeit Ende Juni haben 688 Verwaltungen mit 1 908 244 Mitgliedern rechtzeitig Berichte eingeleitet. In diesen Verwaltungen wurden 24 556 Betriebe mit 1 945 127 Arbeitern gegliedert, 24 542 Betriebe mit 1 944 044 Arbeitern waren vollbeschäftigt, 12 Betriebe mit 1033 Arbeitern arbeiteten verfürzt und 2 Betriebe mit 30 Arbeitern standen im Streit. Die Arbeitslage im letzten Vierteljahr ist aus der folgenden Zusammenfassung ersichtlich:

	April		Mai		Juni	
	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter	Betriebe	Arbeiter
Vollbeschäftigt	22,74	92,95	22,78	90,59	22,94	90,24
Verfürzt	0,18	0,15	0,11	0,12	0,18	0,05
Streit	1,06	2,95	0,11	0,32	0,01	6,01
Unbeschäftigt	9,02	4,90	7,11	9,99	5,87	9,70
Zusammen	100	100	100	100	100	100

Von 148 Verwaltungen mit 297 925 Mitgliedern gingen Berichte zu spät oder gar nicht ein. In diesen fehlenden Verwaltungen wurden nach früheren Berichten 1889 Betriebe mit 522 671 Arbeitern gegliedert.

Der Stand der Arbeitslosigkeit im letzten Vierteljahr ist aus der folgenden Zusammenfassung zu ersehen. Es waren in den berichtenden Verwaltungen in den letzten Arbeitstagen der letzten Arbeitswoche des Monats Mitglieder arbeitslos:

	absolut		relativ		Zusammen	
	absolut	o. G.	absolut	o. G.	absolut	o. G.
29. April	7595	0,61	558	0,36	8093	0,59
27. Mai	4461	0,39	515	0,39	4966	0,39
24. Juni	2581	0,20	431	0,33	2912	0,21

Die Zahl der arbeitslosen Mitglieder wie auch der Kurzarbeiter ist also im letzten Vierteljahr ständig weiter zurückgegangen. Die ge-

zinge Zahl am Schlusse des Vierteljahres zeugt von einem überaus guten Geschäftsgang, dessen geringe Schwankungen mehr von besonderen Umständen als von der Arbeitslage abhängig sind. So würde sich die Arbeitslosigkeit von 0,21 auf 0,29 v. G. erhöhen, wenn die Zahlen von Berlin, wovon ein Bericht nicht vorliegt, mit den Zahlen des vorhergehenden Monats dazu gerechnet würden.

Unberfrorenheit

Es ist eine feststehende Tatsache, von ernst zu nehmenden bürgerlichen Blättern ist sie nicht bestritten, selbst öffentlich festgelegt und in ihren Zusammenhängen besprochen worden, daß unser zurzeit herrschendes Kapitalien abhängig ist von der Macht der kapitalistischen Presse, Spekulation der Banken, des Handels und der Industrie zur Erzielung immer neuer, größerer Wertgewinne verschüden das immerwährende Fallen des Marktwertes. Die Mächte des Kapitalismus, die für hundert Prozent Profit Hals und Kragen auf Spiel setzen, sind längst dazu übergegangen, das Wohl des deutschen Volkes unter die Füße zu treten und den Staat mit seinen Einrichtungen, sofern er nicht zu ihren ergebenden Diensten steht, zu mißachten, ihn planmäßig zu zerstören. Die Art und Weise ist für jeden Geschäftsmann erkennbar.

Unberfroren ist die Art und Weise, wie jetzt die Organe der Kapitalistenklasse mit ihrem Anhängsel, der monarchistischen Wählerorganisation — nachdem sich die Mehrheit des deutschen Volkes zu scharfer Abwehr aufgerufen hat —, die Schuld an den traurigen wirtschaftlichen Zuständen auf die Arbeiterschaft abzuwälzen trachtet. Die „Arbeitsbewegung“ leistet sich darin in letzter Zeit Unglaubliches. Einige Blätter sollen hier folgen: „Die rückwärtige Steigerung des Dollars trat nicht nach dem Tode Rathenau ein, sondern fünf Tage später nach der Proklamierung des politischen Generalstreiks“, so schreibt der sattem bekannte Herr Friedrich Fikentscher am 16. Juli. Nun hat in Deutschland überhaupt kein Generalstreik stattgefunden. An zwei Tagen hat zum Teil nach Feierabend die deutsche Arbeiterschaft gegen die Treibereien der monarchistischen Wähler demonstriert. Ihre Aufmerksamkeit galt der Reaktion als Warnung und den Regierenden als Wille, endgültig Einhalt zu machen mit dem Deutschen so schwer schädigenden Treiben der Reaktion. Die Haltlosigkeit der deutschen Regierung, die planmäßig von der monarchistischen Reaktion um Ansehen und Einfluß gebracht wurde, hat das Ausland von jeder ernsten finanziellen Hilfe für Deutschland abgehalten. Dieser Einbruch ist allgemein, er wurde bekräftigt durch die bekundete Gemüthernung der industriellen Kreise beim Scheitern der Pariser Anleiheverhandlungen. Ein Beweis, daß die kapitalistischen Profilhäger nichts mehr fürchten als die Stabilisierung der deutschen Wirt.

Weiter wendet der Herr gegen die wirtschaftlichen Streiks der Arbeiterschaft. Es haben in letzter Zeit einige Kämpfe stattgefunden, herausgeschrien durch das Verhalten der Industriellen und ihrer Syndikats, die der Arbeiterschaft planmäßig das zum Leben unbedingt Erforderliche vorenthalten. Die wahnsinnige Preissteigerung, als Folge verwerflicher Profilhäger, hat die Arbeiterschaft gezwungen, unter den schwersten persönlichen Opfern, sich die geringsten Zugeständungen zu erkämpfen. Die Kämpfe können vermieden werden, wenn die Unternehmer den Arbeitern das ihnen zustehende, wozu sie jederzeit in der Lage waren, gewährt hätten. Sie haben es in der Hand, den wirtschaftlichen Frieden zu wahren.

An lägerischen Verheerungen läßt es der Herr nicht fehlen. Jedes Maß von Unfriede überföhret er mit seinen Worten: Die gegenwärtige Einschränkung der Meinungs- und Versammlungsfreiheit, die fortgesetzten StraßenDemonstrationen, Streikdrohungen und Anschläge gegen Leib und Leben Andersdenkender stellen ein in der deutschen Gesetzgebung unerhörtes Novum, eine parlamentarische Ungeheuerlichkeit dar, die keinerlei Handhabung in der republikanischen Verfassung hat. Die eigene Seite dieser Unternehmerrschlinge nimmt fast wunder. Die Schiffe auf Erzberger, Wais, Rathenau, die Ultrarechte auf Scheidemann und Harden offerbar den Wählervereinen festgelegter Organisationen mit dem Zweck, den Sturz der Republik durch Wirt und Verbrechen zu erreichen. Die Regierung hat zu lange gegen das Treiben dieser Organisationen beide Augen zugedrückt. Erst der Rathenau-Wirt schreits das Volk aus seinem Schlafstummel auf und stürzte die Verhältnisse nach Unterdrückung der Wähler- und Wählerorganisation. Eine Selbstverständlichkeit, die schon die Selbstachtung gebietet. Den Beweis, wo Leib und Leben Andersdenkender Gefahr ausgesetzt sei, wo die Meinungs- und Versammlungsfreiheit in der deutschen Republik unterdrückt wird, weist der edle Herr schuldig. Der Öffentlichkeit sind keine Fälle dieser Art bekannt, sie besprechen nur in der Einbildung eines entsetzten Weltmenschen. Einmal wollen wir aber festhalten: Das deutsche Arbeitertum verteidigt in ihrem Organ die „Deutsche Arbeiter-Zeitung“ durch ihren Soldatengeneral Herr Friedrich Fikentscher die monarchistischen Wähler- und Wählerorganisationen.

Das wird sich die deutsche Arbeiterschaft merken müssen, wenn die Deutsche Volkspartei, die Interessenerklärung des industriellen Arbeitertums, sich wieder auf den Wobden der gegebenen Tatsachen stellen und Unipendenz für die Republik ablegen wird.

Herr Fikentscher schließt seine Arbeit mit den Worten: „Gott und ein wenig, ein ganz klein wenig Zivilcourage derer, die es angeht, führe die Republik vor ihren Fremden.“ Den Gott der Meichen, den Gott des Gelds, den der Herr anruft, wollen wir ihm schenken, von ihm haben sich die denkenden Arbeiter losgesagt. Das hat nichts zu tun mit Glaube und Religion, der Gott der Industriellen ist der Wobanz für das Lammie Volk. Die Freunde und Schützer der deutschen Republik sind die Arbeiter und ihre Organisationen, sie werden sie schützen vor ihren Feinden, ihren Feinden vom Schlage des Herrn Fikentscher und seiner Auftragsgeber.

Wichtigsten Wertes ohne Schwierigkeiten in Dienst gestellt werden können. Demen wir beispielsweise an eine Gröpanlage. Da lassen sich natürlich so viele Kondensatoren, Stillhalter u. dergl. aufbauen, als man für rentabel hält. Und damit ergibt man immerhin eine verhältnismäßig gute Wärmerückgewinnung. Die Lokomotive ist dagegen in ihrem Bau sehr gut und eingetrag. Der Nachdruck auf die Schienen darf nicht allzugroß werden, die Maschine muß gewissermaßen sich bücken und die Kräfte strecken an den Räder legen, damit sie auf der Fahre nirgends anstößt. Sie darf die Grenzen eines gewissen Profils niebends überschreiten und muß sich glatt durch einen engen Rahmen schieben lassen, der die äußersten Grenzen angibt, bis zu welchen noch Teile der Lokomotive röhren dürfen. Bei den neueren Maschinen mit hochliegendem Kessel schneupst daher alles, was auf dem Kessel nach Platz finden will, nämlich zusammen. Solche Beschränkungen wirken natürlich auch auf die Güte einer Maschine zurück.

Dennoch ist die neuzeitliche Lokomotive auch wirtschaftlich soweit bewollkommen, als dies eben möglich ist. Bei der Maschine, die unsere besondere Aufmerksamkeit gilt, ist in dieser Beziehung alles zusammengetragen worden, was sich ein- und andringen ließ.

Besonders bei den alten Lokomotiven puffte viel zu viel Dampf in die Luft. Das bedeutete eine gewisse Wärmevergeudung. Heute benutzt man den Abdampf oder wenigstens einen Teil zum Vorwärmen des Speisewassers für den Kessel und macht so einen nützlichen Gebrauch von der Wärme, die der Dampf auch nach getaner Arbeit enthält.

Bei unserer Lokomotive ist ferner einer der drei Dome als Speisewassereiniger ausgebildet. Durch einen Kieselkasten und einen Schlammabscheider wird das Wasser, das verhältnismäßig reines Wasser in den Kessel gelangt. Das ist aus verschiedenen Gründen sehr wichtig. Es setzt sich nämlich dann weniger Kesselstein ab. Der Kessel bedarf also keiner so umfangreichen Reinigungen, wie diese ohne vorhergehende Säuberung des Wassers erforderlich sein würden. Und auch wärmetechisch ist diese Filtrierung Lebensam. Denn wo sich Kesselstein angelegt hat, wird die Abstrahlung der Wärme der Feuer gas auf das Wasser stets beeinträchtigt und es verschlechtert sich daher die „Ökonomie“ des Kessels.

Vor allem wertvoll ist aber die Anwendung und gründliche Durchführung der Dampfüberhitzung. Wir müssen uns, um deren

Wesen und Bedeutung zu erkennen, zuerst ein wenig mit dem gewöhnlichen Dampf und seinen Eigenschaften bekannt machen. In einem luftdicht abgeschlossenen Gefäß erhitzt wir Wasser auf 152 Grad. Es verdampft dann eine gewisse Menge Wasser und es bildet sich über dem Wasser ein Dampf, der natürlich auch 152 Grad heiß ist und der eine Spannung von 5 Atmosphären besitzt, wobei er auf den Quecksilberzylinder der Waage einen Druck von rund 5 Kilo ausübt, wovon allerdings 1 Kilo durch den äußeren Luftdruck ausgeglichen wird. Bei diesen 152 Grad verdampft eine ganz bestimmte Menge Wasser und die Verdampfung hört auf sobald „Sättigung“ eingetreten ist. Steigt wir die Wärmefuhrte genau so, daß nur der Verlust gedeckt wird, der durch Kühlung usw. verursacht wird, so ändert sich an der Dampfdichte nichts und es verdampft kein Tropfen Wasser weiter.

Erhöhen wir dagegen die Temperatur auf 159 Grad, so verdampft noch etwas Wasser und es fängt sich nun der freie Raum mit Dampf von 6 Atmosphären Spannung ein. Und wenn wir neuerdings die Temperatur erniedrigen, so wird sich wieder mehr oder weniger Dampf in Wasser zurückverwandeln.

Schiden wir nun solchen Satttdampf an die Arbeit. Er soll also in den Schieberkasten eines Zylinders strömen. Dabei wird der Dampf stets einige Wasserteilchen mitziehen, wird also nass erscheinen und er wird auch leicht immer nasser, so daß er den Namen Nassdampf wohl verdient. Denn wenn er in die Schieberkammer eintritt, erföhert er leicht eine Abkühlung und dann wird ein Teil des Dampfes zu Wasser, was natürlich unrentabel ist.

Hier hilft man sich nun durch Überhitzung. Diese wird, kurz gesagt, dadurch bewirkt, daß man gesättigten Dampf von seiner Flüssigkeit trennt und ihn dann in besonderen Röhren, welche von heißen Feuer gasen umspült werden, für sich noch weiter erhitzt. Temperaturen von 350 Grad sind hier nichts Ungewöhnliches. Bei dieser Überhitzung verdampfen nun etwa vorhandene Wasserteilchen vollständig, so daß der Dampf gründlich getrocknet wird. Und es ist ferner klar, daß überhitzter Dampf eine erhebliche Abkühlung verdrägt, ehe er sich in Wasser verwanbelt.

So stellt der Satttdampf ein erheblich sparsameres Betriebsmittel dar als der Satttdampf und man erzielt mit ihm für Kessel und Maschine einen viel höheren Wirkungsgrad.

Die wertvollen Eigenschaften des überhitzten Dampfes bei ortsfesten Dampfmaschinen sind freilich schon seit geraumer Zeit bekannt und man hat Überhitzungen auch längst angewendet. Es erschien aber sehr schwierig, die nötigen Anlagen bei Lokomotiven einzubauen. Erst dem Ingenieur Wilhelm Schmidt in Wilhelmshöhe gelang es, unter Mitwirkung des Geheimen Ratsrats Garbe, einen brauchbaren Lokomotivdampfüberhitzer zu schaffen.

Der Mann auf der Maschine muß natürlich gehörig Bescheid über die hohen und vielleicht gefährlichen Temperaturen im Kessel erhalten, um sie regeln zu können. Mit gewöhnlichen Thermometern läßt sich eine so große Hitze, wie sie in der Dampfloklokomotive vorkommt, nicht messen. Man hat hier vielmehr ein elektrisches Pyrometer (Feuertemometer) angeordnet, das Hunderte von Grad anzugewiesen vermag.

Unsere Lokomotive kann sich auch als Schnellläuferin sehen lassen, beträgt doch ihre Höchstgeschwindigkeit 120 Kilometer in der Stunde. Mehr ist auch tatsächlich nicht nötig, da der Requisite erfüllt, daß bei Geschwindigkeiten über 100 Kilometer die Wirtschaftlichkeit des Betriebes sinkt. Der erfahrene Maschinenführer vermag wohl die Geschwindigkeit seiner Maschine einigermaßen genau abzuschätzen, aber er darf sich doch nicht auf gefühlmäßige Wertungen verlassen. Darum hat man auch hier auf der Maschine einen Geschwindigkeitsschaltmechanismus angeordnet, der dem Blick des Führers leicht zugänglich ist und der durch einen über ein Riffblatt streichenden Zeiger in jedem Augenblick Anschlag über die Geschwindigkeit der Fahrt, über die Anzahl der Umdrehungen gibt, welche die treibenden Räder in der Minute ausführen.

Die deutsche Technik sollte sich nicht in so vielen Formen auswirken, wie sie das bisher getan hat. So ersöhnt auch der Wunsch nach einer Einheitslokomotive berechtigt. Freilich wird sie sich nicht leicht schaffen lassen, aber diese Vorzug-Maschine bedeutet doch einen Schritt zum Ziel. Amerika hat sechs Grundformen für Lokomotiven ausgekiffet und baut von jeder eine große und eine kleine Ausgabe. Hier ist auch eine Lokomotive geschaffen worden, die bei ihrer großen Leistungsfähigkeit gewissermaßen verschiedene Kombinationen zusammenfaßt, wenn sie auch noch nicht die Einheitslokomotive ist und sein kann.

